

Bezugspreise
monatlich M.
in der Reichshauptstadt 700.—
in der Provinz 750.—
durch Zeitungshändler 800.—
am Postamt 990.—
ins Ausland 100 deutsche M.

Verleger:
2273 3110

Verl.-Dr.: Tageblatt Posen.

Postfachkonto für Posen: Nr. 200 283 in Posen.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt: Betriebsstörungen, Arbeitsbeschwerden oder Unfällen ist der Herausgeber nicht verantwortlich.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Er scheint
an allen Verlagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 50.— M.
Reklameteil 180.— M.
Stellen-Gesuche und
Angebote 40.— M.

Für Aufträge: Millimeterzeile im Anzeigenteil 10.— d. M.
aus Deutschland: Reklameteil 36.— d. M.

Frankreichs neue Russenpolitik.

Der französische Abgeordnete Herriot ist von seiner Russlandreise nach Frankreich zurückgekehrt. In der Person dieses Politikers verkörpern sich schon seit längerer Zeit alle die Bestrebungen in Frankreich, die einen russlandfreundlichen Kurs der französischen Politik und sogar das Zusammengehen mit der Sowjetregierung befürworten.

Herr Herriot ist in Russland sehr freundlich aufgenommen worden und hat dort Besprechungen mit führenden Sowjetpolitikern gehabt. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen sind zuverlässige Einzelheiten nicht bekannt geworden; sie werden aber sowohl von russischer wie von französischer Seite als erfolgreich und vielversprechend für die Zukunft hingestellt.

Bezeichnenderweise hat die bolschewistische Presse ihre bisherige scharfe Polemik gegen Frankreich eingestellt und französische Blätter wie der „Temps“, die bisher die antibolschewistische Politik Poincarés durch dick und dünn unterstützt haben und zwischen Russland und seinen bolschewistischen Machthabern sorgfältig unterschieden, zeigen einen nicht zu verkennenden Wechsel ihrer Anschauungen. Die Bolschewisten werden schonend behandelt, und die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Russland und Frankreich — auch dem Russland Lenins — wird hervorgehoben. Zweifellos waren die Orientierungen, während deren Herr Herriot sich gerade in Russland befand, dem Eindringen der russischen und der französischen Politik dienlich. Beide Länder unterstützen die Türken, beide hauptsächlich im Hinblick auf ihre Beherrschung Englands. Beide sind schärfste Gegner der Beherrschung der Buzänge zum Schwarzen Meer durch die britische Macht. Für die weitläufigere französische Politik bot sich so die Aussicht, zu dem türkischen einen neuen, noch wirksameren Trumpf gegen das englische Weltreich zu gewinnen. Die französische Militärmacht, im Bunde mit den Russen und der mohammedanischen Welt, würde in der Tat für England eine ungeheure Gefahr bedeuten.

Die Pläne, die unter dem Eindruck der jüngsten englisch-französischen Spannung besonders verlockend erschienen, haben in Frankreich offenbar die zahlreichen früheren Bedenken gegen eine Unterstützung des Sowjetregimes zurückgedrängt. Vielleicht hofft man auch, auf dem Wege eines Zusammengehens mit dieser Macht mehr von den französischen Milliarden wiederzuziehen als sonst. Und innerpolitisch glaubt die französische Regierung bei der nicht allzu beträchtlichen und zahlenmäßigen Stärke und mangelhaften Organisation ihrer radikalen Linken offenbar nichts befürchten zu müssen. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß die Zusammenarbeit mit den Russen nach dieser Richtung für Frankreich unbedenklicher ist als für die Industrieländer Deutschland und England, von denen das erstere nicht einmal über eine gefestigte Regierungsgewalt verfügt.

Es ist begreiflich, daß in England und Italien dieses sich anbahnende französisch-russische Zusammengehen starke Unruhe erregt. In England, weil man sich in seinem Lebensnerv bedroht und zugleich das ganze Gebäude der englisch-russischen Verständigung wanken sieht, in Italien aus Eifersucht und aus Furcht, bei geschäftlichen Transaktionen zu spät zu kommen. Auch hier bringt die Außenpolitik Lloyd Georges dem britischen Reiche schwere Rückschläge ein; denn was diese Kombination schon als ständiges Druckmittel bedeutet und welche Rolle sie in Zukunft spielen kann, darüber ist man sich in London durchaus klar. Und auch an Geschäftsneid ist an der Thematik niemals Mangel gewesen.

Der neue Russlandkurs der französischen Politik ist aber ebenso sehr gegen Deutschland wie gegen England gerichtet. Das geht aus der französisch-russischen Presse zweifelsfrei hervor. Man will den Rapallovertrag unwirksam machen. Deutschland wirtschaftlich vom russischen Markt zurückdrängen und das russische Reich mit in den unter französischem Protektorat stehenden Ring gegen Deutschland einbeziehen. Das ist eine Linie, die schon früher gelegentlich erkennbar wurde. Und nicht zum wenigsten will man der Zukunftsfürsorge für die europäische Hegemonie Frankreichs vorbeugen, die, wenigstens in der französischen Phantasie, aus einem deutsch-russischen Zusammengehen erwachsen könnte.

Die Ziele Poincarés und die Bedeutung eines Vertrages Frankreichs mit Sowjetrußland, etwa nach dem Muster des Ankara-Vertrages mit der Türkei, liegen auf der Hand. Eine andere Frage ist es, ob die Dinge schon dahin gediehen sind, ob die Führer Sowjetrußlands sich wirklich schon weitgehend mit Frankreich eingelassen haben. Es ist immerhin möglich, daß ihre Zugeständnisse bis jetzt hauptsächlich in Worten bestehen und daß sie zunächst das tatsächliche Ziel verfolgen, die aktive Gegnerschaft der französischen Politik durch Besprechungen lahmzulegen. Zugleich wollen sie offenbar die französische Macht zur Förderung ihrer Ansprüche auf die Meeregenen vor ihren Augen spannen und die Besprechungen mit Frankreich ihrerseits als politisches und wirtschaftliches Druckmittel gegen England auszunutzen. Es darf aber nicht verkannt werden, daß sich bei aller Unzuverlässigkeit der Sowjetdiplomatie auf Grund gewisser zweifellos vorhandener gemeinsamer Interessen mit der Zeit doch ein engeres Einvernehmen ergeben könnte, das unter Umständen für ganz Europa große Bedeutung erlangen könnte.

Die neue Hekwelle.

Der „Kurjer Pognanski“ hebt in letzter Zeit wieder in unerhörter Weise gegen alles Deutsche. Ueber die ungerichteten Angriffe gegen die deutschen Kandidaten des Minderheitenblocks, Herrn Superintendenten Rhode und Herrn Domherrn Klinka, wurde ja schon berichtet.

Es wird ja gar nicht verlangt, daß diese beiden Herren den Nationaldemokraten — genehm seien. Sie genießen in hohem Maße das Vertrauen der Deutschstämmigen evangelischen und katholischen Bevölkerungsschicht, und das ist für die Kandidatur für einen Abgeordneten des Minderheitenblocks allein maßgebend.

Neuerdings hatte der „Kurjer Pognanski“ sogar den geistreichen Domherrn Klinka in einer Spottzeichnung zu karikieren. Wir sind überzeugt, daß die Schriftleitung sehr stolz auf diesen Einfall ist, möchten uns aber die Frage erlauben, wer nun eigentlich das katholische Priesteramt in den Schmutz zieht? Der durch das Vertrauen seiner Mitbürger als ihr Vertreter im Parlament in Aussicht genommene Geistliche, der sich in christlicher Nächstenliebe für seine Stammesgenossen einsetzt, oder derjenige, der das priesterliche Gewand und die priesterlichen Abzeichen durch solche Zeichnungen lächerlich macht, wie der „Kurjer“ das tut?

Der Völkerbundspruch in der Ansiedlerfrage gibt nun wieder dem Okazistenverein Veranlassung zu lauen Auseinandersetzungen in dieser Angelegenheit. Er bestreitet dem Deutschstummbund, also der berufenen Vertretung der deutschen Minderheit, das Recht, sich an den Völkerbund direkt zu wenden, und bekämpft den ergangenen Spruch natürlich als nicht rechtmäßig. Nach seiner Ansicht braucht sich Polen an diesen Spruch nicht zu halten, da damit sonst der Besitz „staatsfeindlicher Elemente“ befestigt wird.

Daß wir Deutschen keine „staatsfeindlichen Elemente“ sind, haben wir ja schon oft genug bewiesen. Es hat also keinen Zweck, auf diesen Vorwurf hier nochmals einzugehen. Wir haben auch schon oft genug darauf hingewiesen, daß uns das Recht zusteht, uns direkt an den Völkerbund mit Beschwerden über Beschränkung unserer Rechte gemäß Minderheitenchutzvertrag zu wenden. Würden wir uns hierin im Unrecht befinden, so würde der Völkerbund, dem doch gewiß

nicht eine einseitige Deutschfreundlichkeit zugesprochen werden kann, unsere Hilferufe zurückgewiesen haben.

Das Urteil in der Ansiedlerangelegenheit hat eine Kommission hervorragender internationaler Juristen gefällt. Will man etwa diesen Herren den Vorwurf machen, daß sie das Recht zugunsten der Deutschen gebeugt haben? — Die Krone aller Hekartikel muß aber derjenige der Nr. 241 des „Kurjer Pognanski“ vom 20. Oktober unter der Überschrift: „Betrifft den Schutz gegen die Deutschen“ bezeichnet werden. Das Blatt schreibt darin wie folgt:

„Circa 30 Eigentümer von Parzellen der Gemeinde Wiele (Kr. Wirsitz), welche kraft Landtagsgesetzes über die Annullierung von Ansiedlungen eingekauft worden sind, haben sich über ihre schwierige Lage angesichts der Nachlässigkeit der Behörden beklagt. Sie fühlen sich wie in einem fremden Staat gegenüber den Deutschen, die vorzüglich organisiert sind und fast alle besetzt sind, Waffen zu tragen. Am 12. September kam in der Ansiedlung Nr. 10 auf Wiele eine Bande von 20 bewaffneten Deutschen an, welche die Türen einschlugen und das ganze Inventar im Werte von 1 Million Mark wegführte, welches durch Verordnung der Starostei und des Landamtes als Sicherung der Pächter gegen einen Deutschen für untersequestriertes Gut beschlagnahmt war. Die Deutschen verließen das Inventar, ohne daß die Polizei etwas davon wissen will. Der Überfall wurde durch mit Gabeln und Senfen bewaffnete Deutsche gedeckt. Die Deutschen, die die Ansiedlungen zu verlassen gehalten waren, zerstörten fast alle Wirtschaften, zertrümmten die Dachrinnen, rissen die Pappeln von den Scheunen, pumpten Wasser in die Keller, — es kamen sogar Fälle vor, wo Ansiedlungen in Brand gesteckt wurden. Die auswandern Deutschen drohen mit baldiger Wiederkehr und versichern, daß sie dann mit den Polen anders sprechen werden. Dazu wäre noch hinzuzufügen, daß viele dieser Deutschen, welche deutsche Staatsbürger sind, im Kreise Wirsitz das Stimmrecht zu den Wahlen für Sejm und Senat erhalten haben, was die höheren Behörden wohl nicht wissen. Die Ortspolizei kümmert sich um nichts, ein Ortskommissar hat auf Beschwerden fortwährend geantwortet, daß die Ortspolizei ihn gar nicht anhöre. Die Deutschen geben Straßens aus, gelangen mit Leichtigkeit über die Grenze und schmuggeln Pferde über die Grenze. Die erbitterten polnischen Bürger fordern die Befreiung der feindselig gefinnenden Polizei.“

Würde wirklich die polnische Polizei ein solches Vandalentum, dazu noch von deutscher Seite, dulden? — Die Hege richtet sich hier also gegen zwei Seiten. Erstens: gegen die Deutschen, zweitens: gegen die polnische Polizei, der eine feindselige Gesinnung vorgeworfen wird.

Die Enthüllungen des Abgeordneten Wasilewski über die Mikrowirtschaft im Ansiedlungsamt.

Der Warschauer „Kurjer Poranny“ bringt folgenden Bericht des Abg. Wasilewski: Einer von den Mitgliedern des Verbandes Chojna (Nationaldemokratie) und also einer von denen, die für die Linie Nr. 8 agitieren, stand an der Spitze des Ansiedlungsamtes. Dieser Mann war Dr. Karasiewicz. Das Kommissariat des Obersten Volksrates hat durch eine Verordnung vom 25. Juni 1919, unterschrieben durch den von der christlich-nationalen Partei vorgezeichneten Mann Adam Bozowski und durch Seyda dem Ansiedlungsamt in Posen dem Hauptlandamt in Warchau untergeordnet wurde, im Verlauf von einer Woche 10 000 Eingaben mit Beschwerden über die Tätigkeit des Dr. Karasiewicz. 15 000 Familien riefen zusammen mit lauter Stimme: „Warschau, rette uns, denn Karasiewicz enteignet uns!“ Und so war es auch. Karasiewicz enteignete Tausende von Familien durch seine Dummheit, sowie durch seine Habgier.

Das, was im Ansiedlungsamt in Posen geschehen ist, das kann einem Menschen wirklich Grauen erwecken. Mehr als 10 000 Familien rufen die Vergeltung und die Gerechtigkeit Gottes an. Wenn in dem Ansiedlungsamt vernünftige und anständige Menschen gewaltet hätten, dann wäre alles in better Ordnung gewesen, aber leider: im Ansiedlungsamt fanden sich „dumme und unanständige Leute“. Ein paar Mandeln Eier, ein dickes Stück Speck, ein paar Pfund Butter, ein paar Hühner, einige Hühner, ein Duzend Hasen, ein paar hundert Mark oder auch ein paar hundert tausend Mark entschieden darüber, ob man jemand die Auflassung gab oder nicht gab.

Im folgenden einige besonders sprechende Beispiele:

Stanislaw Stotobinski aus Leszczynka, Kreis Posen-West, macht die eidesstattliche Aussage, daß er den Beamten des Ansiedlungsamtes in Posen Hühnchen gab, und Labacki aus Wendowo gab ein Stück Speck, das 4 Finger dick war.

Franciszek Wiczorek sagt unter Eid aus, daß er im Ansiedlungsamt in Posen 260 Mark, eine Mandel Eier, einen Schinken und einige Pfund Speck gab.

Jan Maczalek sagt unter Eid aus, daß er im Ansiedlungsamt 100 Mark gab.

Stanislaw Palimoda in Bromberg sagt an Eidesstatt aus, daß Frau Wita ihm bezeugt habe: Für die Auflassung zahlte ich eine halbe Million Mark.

Josef Chleba aus dem Orte Lasz, Kreis Posen, sagt an Eidesstatt aus, daß er im Ansiedlungsamt zusammen mit Herrn Bujas war. Für die Erteilung einer Auflassung wurden im Posener Ansiedlungsamt von Herrn Bujas 10 000 Mark gefordert. Bujas besaß nicht soviel Geld. Also mußte er einen Wechsel ausstellen. Außerdem wurde gefordert, daß auch Chleba diesen Wechsel unterschrieb. Nach der Unterzeichnung des Wechsels über 10 000 Mark kam nach vier Tagen die Erlaubnis zur Auflassung, trotzdem vorher schon eine ablehnende Antwort gekommen war. Dies war im Jahre 1920.

Josef Józefczak aus Plawno, Kreis Obornik, sagt unter Eid aus, daß er im Ansiedlungsamt dringend bat, daß man seinem Käufer die Auflassung geben möge. Der Beamte gab ihm

den Rat, daß es besser für ihn sein würde, wenn der Käufer die Auflassung nicht bekäme, denn er könnte seine Wirtschaft, die inzwischen schon im Werte gestiegen war, zurücknehmen und für die Erteilung einer ablehnenden Antwort an den Käufer fordere er von ihm 5000 Mark. Józefczak wollte 2000 Mark geben, aber jener Beamte ging nicht darauf ein; deshalb, weil Józefczak kein Geld hatte, kam die Verabredung mit dem Beamten nicht zur Ausführung. Infolgedessen erhielt der Käufer die Auflassung, für die er, wie er erzählte, 30 000 Mark zahlte.

Jan Chajal in Walsztow, Kreis Schildberg, gab an, daß er 56½ Morgen Land im Januar 1919 für 75 000 Mark an einen Galizier verkaufte. Er kaufte sich aber nichts anderes, weil der Geistliche Dr. Kozłowski, sowie die Beamten des Ansiedlungsamtes ihm erzählten, daß „kein Galizier oder Kongresspolen, mag auch ein Donnerwetter nach dem andern kommen, die Auflassung erhalten solle“. Und so geschah es. Das Ansiedlungsamt verweigerte die Auflassung. Aber der Käufer wußte sich zu helfen. Er ging zu dem Geistlichen Dr. Kozłowski und gab ihm 2000 Mark. Dieser schrieb für den Käufer ein gutes Zeugnis und fuhr selbst nach Posen, um sich um die Auflassung zu bemühen. Dank den Bemühungen des Geistlichen Kozłowski kam die Erlaubnis nach 18 Monaten und Chajal mußte jetzt seine 75 000 Mark nehmen und lag auf dem Pflaster. Chajal stellt drei Zeugen, welche ausagen, daß der Geistliche Dr. Kozłowski 20 000 Mark nahm.

Frau Anna Dzegowska, eine Witwe in Posen, sagt aus, daß der Käufer ihres Hauses für die Auflassung eine Million Mark gab.

Teofil Morawski, aus Briesen in Pommerellen, sagt aus, daß der Käufer seiner Wirtschaft für die Erteilung seiner Auflassung 2 Millionen Mark zahlte.

Genug davon, so fährt der Abg. Wasilewski fort. Ich will nicht mehr schreiben, denn die Feder fällt mir aus der Hand. Widerwille und Empörung ergreift den Menschen, wenn er einen Stolz Dokumente vor sich hat und jedes von den Dokumenten zeugt von der moralischen Verkommenheit, welche im Ansiedlungsamt in Posen herrscht, in dem Amt, an dessen Spitze ein Feiler der Nationaldemokratie, der Dr. Karasiewicz, stand. Ungefähr 15 000 Familien fielen als Opfer dieser ehrlosen Wirtschaft des Posener Landamtes. Tausende von Familien wurden ins Elend und an den Bettelstab gebracht, und die Schurken, welche das Elend für diese Menschen herbeigeführt haben, statt schon längst zu hängen, laufen vielleicht noch bis zum heutigen Tage strafflos in der Welt herum.

So war es im Ansiedlungsamt unter den Augen des Dr. Karasiewicz. Aber vielleicht ist Karasiewicz schuldlos, vielleicht tat es die Beamten ohne sein Wissen? O nein! Wir haben Material, das uns beweist, daß er ebensoviel wert ist wie seine Beamten. Karasiewicz, der Präsident des Ansiedlungsamtes war, war gleichzeitig und ist bis zum heutigen Tage Präsident des Aufsichtsrates der „Alliengemeinschaft „Siew“. Als Präsident des Ansiedlungsamtes verkaufte er der „Gesellschaft „Siew“ ein Bauerntum im Umfang von 400 Hektar im Kreise „Zin“ zugleich mit Gebäuden, lebendem und totem Inventar für 3000 Mark den Geld. Aus den Akten geht hervor, daß als Preis vorher geschrieben war 3600 Mark, aber später aus der Zahl 6 eine 0 gemacht worden ist, so daß nur 300 Mark blieben. Die

zum heutigen Tage zahlte die Gesellschaft „Siew“ eine halbe Million in Bargeld, 200 000 Mark in Aktien der Gesellschaft und zum zweiten Mal noch 200 000 Mark in bar.

Dr. Karasiewicz verkaufte der Aktiengesellschaft „Płotno“ in Posen durch Vermittlung des Gut Chmielniki, 72,883 Hektar, für 1 580 200 polnische Mark. Dr. Karasiewicz erschrak über diesen billigen Verkauf, der am 1. April 1920 stattfand. Um daher diesen Diebstahl am Staatsgute vor der Sejmkommission, die zur Untersuchung nach Posen geschickt worden war, zu verdecken, ordnete er an, daß das Jahr 1921 in 1921 umgeändert werde, was auch durch den Sekretär Zieleniewicz ausgeführt wurde.

Derselben Aktiengesellschaft „Płotno“ verkaufte Dr. K. 50 Morgen Wiesen mit Torf für 10 000 M. pro Morgen, und zu diesen Wiesen verkaufte gegen den Kontrakt Karasiewicz der Gesellschaft noch die Torfschneidemaschinen im Werte von 600 850 Mark. Für das alles zahlte damals die Gesellschaft „Płotno“ 1 100 000 Mark. Zu der Gesellschaft „Płotno“ gehört Dr. Karasiewicz.

Karasiewicz ließ das Rittergut Konarzowo bei Krotoschin an einen Nichtlandwirt verkaufen, nämlich den Direktor der Zigarettenfabrik „Patria“ in Posen. Dieses Rittergut gehörte dem Staatsgute und hätte parzelliert werden müssen. Der Käufer dieses Rittergutes, der Direktor der „Patria“, Leon Szpanowski, wurde durch das Strafgericht wegen Wuchers bestraft.

Dr. Karasiewicz als Präsident des Bezirkslandamtes war Gründer einer Ansiedlungsgesellschaft in Tuchel. In die Verwaltung der Gesellschaft wurde der Dr. med. Mariuszyk ein Preis gebracht, der zwar nicht Landwirt, aber Schwiegerjohn des Karasiewicz war, und andere Nichtlandwirte. Dieser Gesellschaft überließ Dr. Karasiewicz 844 Morgen Staatsgüter in der Gemeinde Wladawka, sowie die deutschen Besitzungen in Tuchel im Umfange von 88 Hektar. Karasiewicz kaufte für das Geld des Ansiedlungsamtes, d. h. also des Staates, im Februar 1920 für die Beamten dieses Amtes für 1 601 578 Mark 1000 Aktien der Gesellschaft „Den“ in Tuchel. Karasiewicz erließ ein Rundschreiben mit dem Auftrag, daß in jedem Kontrakte über den Verkauf einer staatlichen Ansiedlung der Käufer sich verpflichten sollte, wenn es im Posen war, wenigstens eine Aktie der Gesellschaft „Płotno“ zu kaufen, in Pommern dagegen eine Aktie der Gesellschaft „Den“ in Thorn.

Dr. Karasiewicz forderte rechtlos bei Aufstellungen 1—10 Prozent. Karasiewicz nimmt widerrechtlich im Gebäude des Ansiedlungsamtes in Posen 18 möblierte Zimmer ein, für die er sich eigenmächtig eine Jahresmiete von 2000 M. festgesetzt hat, was augenscheinlich ein großer Verlust für den Staatsschatz ist.

So also sieht im Lichte der Tatsachen die Tätigkeit eines der Posenen Amtes aus. Ich habe hier keinen Platz, um die Schäden darzulegen, die der Bevölkerung durch dieses Amt und durch diese Beamten zugefügt wurden. Ich werde versuchen, dieses ein anderes zu schildern. Ich kann nicht mit Schweigen übergehen die Schäden, die dem Staate durch Dr. Karasiewicz, seine Amtsführung und seine Beamten zugefügt wurden. Nach der Meinung eines Mitgliedes der Unterkommission, welche die Tätigkeit des Landamtes und die Verluste des Staatsschatzes untersucht hat, beläuft sich die Höhe der Verluste, die durch die Raubwirtschaft auf den Staatsgütern verursacht wurde, auf 8 Milliarden Mark. So also haben die Leute, welche jetzt ihre Lüste rühmen, den Staat beraubt. Das sind dieselben Nationaldemokraten, die die Parteien der Linken und die angeblichen Linkenregierungen in Posen für die Zerstörung und die schlechte Finanzlage des Staates verantwortlich machen wollen. In Wirklichkeit gehörten die Finanzminister immer der Rechten an, und die Leute, welche in Posen den Staat um Millionen betrogen haben, sind Pfeiler der Nationaldemokratie und schreien fortwährend über die Staatsgefährlichkeit der Deutschen und des Deutschen Bundes, der das Recht der deutschen Ansiedler gegenüber dem räuberischen und rechtlosen Treiben dieser Kreise schützen will. Die Dokumente, auf Grund deren der Abg. Wasilewski seine Entpöhlungen macht, sind absolut echt und einwandfrei, da sie durch die Untersuchungskommission des Sejm gesammelt worden sind.

Republik Polen.

Der Aufstand in Ostgalizien.

Warschau, 25. Oktober. Die Korrespondenten der reichsdeutschen Blätter in Warschau stellen den Aufstand in Ostgalizien in wesentlich anderem Lichte dar, als aus den polnischen Zeitungen hervorgeht. So berichtet z. B. der Warschauer Korrespondent der „Polnischen Zeitung“ seinem Blatte wie folgt: Aus Lemberg hier eingehenden Privatnachrichten zufolge stellen sich die in Ostgalizien ausgebrochenen Unruhen in wesentlich anderem Lichte dar, als man es amlich in Warschau darzustellen versucht. Während man hier erzählt, es handle sich um 2 oder 3 Raubbanden von je etwa 20 Mann, wird hier die Sache als ausgesprochen politischer ruthenischer Aufstand

geschildert, der allmählich ganz Ostgalizien ergriff hat und tatsächlich wächst. Man überreißt nicht, wenn man die Zahl der nicht nur mit Gewehren und Handgranaten, sondern auch mit zahlreichen Maschinengewehren wohl ausgerüsteten Aufständischen schon heute auf etwa 10 000 Mann beziffert. Auch Flugzeuge mit Bombenabwurf sollen im Besitz der Aufständischen sein, ohne daß man bisher den Flughafen ausfinden vermochte (?). Die polnische Bevölkerung auf den Gütern und in den kleinen Städten Ostgaliziens verläßt fluchtartig ihre bedrohten Wohnsitze. Daß es sich um eine hochernste Angelegenheit handle, ergibt sich schon aus der hiesigen amtlichen Mitteilung, man habe beschlossen, größere Abteilungen Kavallerie und Fußvolk nach Ostgalizien zu entsenden. Für den Ernst der Lage sprechen auch die tatsächlich vorgenommenen Massenverhaftungen in Lemberg, wo gestern allein 60 Personen festgenommen wurden, darunter mehrere Rechtsanwälte und Hochschullehrer, auch eine große Anzahl ehemaliger Offiziere und ruthenischer Studenten und andere mehr. Heute langt in Warschau die sechsgliedrige Abordnung der Stadt Lemberg mit dem Bürgermeister an der Spitze an, die dem Ministerpräsidenten Nowak und dem Sejm-Marschall Trampczyński vortragen, was man von der dort geschehenden Lage halten soll. Zu gleichem Zwecke sind der Wojewode von Ostgalizien und der Chef der ostgalizischen Polizeiverwaltung vom Innenminister telegraphisch nach Warschau berufen worden.

Der Fehdprozeß.

Wie schon gemeldet, begann vor dem Lemberger Schwurgericht der Prozeß gegen Stefan Fehd und Genossen, der unter der Anklage steht, einen Anschlag auf den Staatschef und den Wojewoden Grabowski verübt zu haben. Mehr als 80 ukrainische Verteidiger haben die Verteidigung der Angeklagten übernommen und werden dadurch die Solidarität der ukrainischen Gruppen mit dem Attentat kundtun. Neben ihm haben noch 12 Mitglieder der geheimen ukrainischen Jugendorganisation Platz genommen, deren Arbeit und Wirken die Tat Fehds entsprungen sein soll. Die Hauptperson des Prozesses, Stefan Fehd, ist im Jahre 1900 in Lemberg geboren, griechisch-katholischer Religion, besuchte das polnische Gymnasium in Lemberg und war dann Student der Tierärztlichen Hochschule, die er bis zum Ausbruch der Revolution besuchte. Als Adjutant im Range eines Leutnants nahm er teil am polnisch-ukrainischen Feldzug, diente hierauf in der Garde des Hauptamtes Petljura und beteiligte sich schließlich beim Mordzug der polnischen Truppen und der Abteilungen Petljuras. Nachdem er die Uniform abgelegt hatte, lebte er zu seinen Eltern nach Lemberg zurück und wurde Führer der ukrainischen Jugendbewegung. Die übrigen Angeklagten sind fast ausschließlich Studenten der Lemberger Universität.

Am 25. September 1921 fand die Eröffnung der ersten Osmesse statt, an der auch der Staatschef teilnahm. Dieser Tag wurde als der günstigste für die Verübung des Anschlags angesehen. Einige Tage vorher wurde ausgelost, wer das Attentat vollziehen sollte. Das Los fiel auf Fehd, und die anderen Verschwörer sollten ihm bei der Durchführung des Attentats helfen. Fehd selbst sollte nach dem Attentat Lemberg verlassen, falls ihm die Flucht gelingen sollte. Er bemühte sich vergeblich, für den Tag des Attentats ein Automobil zu mieten, und am Tage vor dem Anschlag war er bereits im Besitze eines Auslandspasses, mit dem er nach Berlin flüchten sollte, er kaufte sich sogar eine Eisenbahnfahrkarte, und am Tage des Anschlags selbst trieb er sich in Lemberg in Begleitung seiner Gefinnungsgefährten, von denen einer die Uniform eines Majors angelegt hatte, umher. Wie Fehd im Untersuchungsverfahren angab, war er an dem Tage vom frühen Morgen an auf den Weinen, um für sein Vorhaben die günstigste Gelegenheit zu finden. Er war auf dem Bahnhof bei der Begrüßung des Staatschefs und nahm teil an der feierlichen Eröffnung der Messe auf dem Ausstellungspfad, den Anschlag verübte er jedoch erst am Abend, als der Staatschef in Begleitung des Wojewoden Grabowski ein Automobil bestiegen, um sich nach dem Theater zu begeben. Bevor sich das Auto in Bewegung setzte, fiel ein Schuß, nach einer Weile zwei unmittelbar aufeinanderfolgende Schüsse und schließlich noch ein vierter. Geschossen wurde von hinten in das Auto hinein und die Geschosse trafen das Fenster des Autos, durch das sie in das Innere gelangten. Der Wojewode Grabowski wurde durch zwei Schüsse im Rücken leicht verletzt, der Staatschef dagegen wurde nicht getroffen. Die Volksmenge, die das Automobil umgab, stürzte sich sofort auf den Täter, um ihn zu lynchen, was jedoch, dank dem energischen Einschreiten der Polizei, verhindert wurde.

Fehd, der sofort nach der Tat verhaftet wurde, erklärte, er habe das Attentat als ukrainischer Patriot vollständig selbständig verübt und lediglich den Wojewoden töten wollen. Seine Tat sollte einen Protest gegen die polnische Verwaltung in Ostgalizien und eine ukrainische Manifestation für das Ausland darstellen. Die Untersuchungsbehörde stellte jedoch endgültig fest, daß Fehds Anschlag sowohl gegen den Staatschef als auch gegen den Wojewoden gerichtet war. Einen Anschlag auf den Wojewoden, so wird angenommen, konnte Fehd unter weit günstigeren Bedingungen verüben, die es ihm leicht gestattet hätten, ins Ausland zu entfliehen. Der Wojewode Grabowski übernahm sein Amt bereits am 1. Sep-

tember 1921, und ein Zutritt zu ihm in das Bureau oder auch in die Privatwohnung war leicht zu erwirken.

Ein- und Ausfuhr von Auslandsdevisen.

Warschau, 24. Oktober. In der letzten Nummer des „Dziennik Ust“ ist eine Verfügung des Finanzministers über die Einschränkung des Handels mit Auslandsdevisen und Valuten veröffentlicht. Nach dieser Verfügung ist die Einfuhr von Valuten und Devisen, die nicht aus Käufen in Devisenbanken herrühren, ohne besondere Genehmigung in Höhe von 1000 Schweizer Franken oder gleichen Werten in anderen Auslandsvaluten gestattet. Zur Ausfuhr von Summen bis zu 3000 Schweizer Franken oder von gleichwertigen Summen in anderen Valuten ist eine Erlaubnis der Polnischen Landesbank erforderlich. Ausfuhrgenehmigungen von Summen über 3000 Schweizer Franken erteilt das Finanzministerium. Die einmalige Ausfuhr polnischer Mark in bar, Schecks, Überweisungen oder kaufmännischen Verpflichtungen ist ohne besondere Genehmigung bis zur Höhe von 100 000 polnische Mark für je eine Person unter der Bedingung gestattet, daß die Gesamtsumme der von einer Person ausgeführten polnischen Markwerte im Laufe eines Monats nicht 300 000 Mark übersteigen darf. Ausfuhrgenehmigungen, die nur für einmal gelten, erteilt bis zu 300 000 Mark die Polnische Landesbank, bei mehr als 300 000 Mark das Finanzministerium.

Gehaltszuschlag für die Staatsbeamten.

Der Minister bewilligt für die Staatsbeamten für den Monat November einen Gehaltszuschlag in Höhe von 15 v. H. des Gehaltes für Oktober. Die Gehaltslisten wurden bereits fertiggestellt, so daß die Beamten am 1. November ihr ganzes Gehalt erhalten dürfen, d. h. mit Einschluß des 10prozentigen Zuschlags.

Große Bankkredite für den Staat.

Dem Ministerium für öffentliche Arbeiten wurden nachstehende Fiskalkredite gewährt: zum Bau von Straßen und Chauffeen 1410 Millionen Mark, zum Wiederaufbau von Kirchen und Schulen 300 Millionen Mark und für andere Wiederaufbauten 200 Millionen Mark.

Abfertigung eines Gesandten.

Der bisherige polnische Gesandte bei der russischen Regierung, Michal Sokolowski, wurde wegen größerer Mißbräuche, die in dieser Gesandtschaft verübt wurden, seines Amtes enthoben. Seinen Posten übernimmt Leon Filipowicz.

Der neue Geschäftsträger bei der Sowjetregierung, Roman Kroll, ist nach Moskau abgereist.

Sportausfluß im Warschauer Magistrat. Im hiesigen Magistrat ist ein besonderer Sportausfluß unter Leitung des Generals Bielewski gebildet worden. Der Ausfluß wird sich damit befassen, entsprechenden Gelände unter die Sportvereine, Arbeiterorganisationen und Schulen zu verteilen.

Vor den Sejmwahlen.

Ein Gespräch.

Der „Kurjer Polski“ führt folgendes authentische Beispiel für die politische Unruhmöglichkeit der Landbevölkerung an: Was hört man neues, Herr Nachbar, wie sieht es mit den Wahlen? — Na, ich werde ihr die meinen stimmen, für die Volksvereine, Herren brauchen wir nicht! Zum Sejm werden Bauern geben. Nur als Senator, na, da mag schon Baderowski sein. Das muß schon sein. Er hat sich um Polen sehr abgemüht. — Dann wollt ihr also niemanden von den Kurigen zum Senator? — Wenn nur ein Senator ist, dann müß Baderowski sein. — Werent doch, Senatoren werden mehr als hundert sein. Nur Präsident der Republik wird einer sein. — So? Das müß ich nicht. Wenn so dann mag Baderowski die Präsident sein. — Und was wird mit Pilsudski? — Ach so? Pilsudski lassen wir nicht aus dem Wege räumen. Er muß weiter Staatspräsident bleiben. Er ist unser, wir lassen ihn nicht anrühren. ...

Worauf hat ein Vertrauensmann zu achten?

1. Von dem Augenblick des Beginns der Abstimmung bis zum Augenblick ihrer Beendigung müssen im Wahllokal ohne Unterbrechung gegenwärtig sein mindestens der Vorsitzende und zwei Mitglieder der Wahlkommission bzw. deren Stellvertreter.
2. Zutritt zum Wahllokal haben nur die Wähler und die Vertrauensmänner der Wahlgruppen, die je einer

Danziger Kurse vom 26. Oktober.

Die polnische Mark in Danzig 34 1/2
Der Dollar in Danzig 4400

Tendenz: abwärts.

Der Herbst im Leben des Volkes.

Von Hans Gassen.

Wie jede Jahreszeit, so umschließt auch der Herbst eine Reihe von Sitten und Gebräuchen, die der Großstädter von heute nicht mehr kennt, an denen aber der Bewohner des Dorfes mit Bähigkeit hängt, auch wenn der immer weiter vorrückende Einfluß der städtischen Kultur die Bewahrung des Althergebrachten immer schwieriger gestaltet. Der Brauch, mit dem der Städter noch am meisten in Verbindung kommt, ist das Feiern der Kirchweih oder Kirmes, im Rheingau auch oft Korb genannt. Der Biersepp, das jahrhundertalte Symbol dieses Festes, läßt erkennen, daß auch die Kirchweih, wie die meisten in der Volkssitte fortlebenden Bräuche, auf heidnischen Ursprung zurückzuführen ist. In späteren Jahrhunderten pflegte das Fest dann unter dem Zeichen des heiligen Rochus zu stehen, den man beritten darstellte. Nachdem in den Häusern ein grünlisches Reineichen stattgefunden hat, gibt man sich, neben dem Kanx, hauptsächlich leiblichen Genüssen hin. Gebratene Enten sind in manchen Gegenden für ein richtiges Feiern der Kirchweih unentbehrlich; Kuchen in den verschiedensten Ausführungen werden wohl überall gebacken, wo man die Kirmes festlich begeht. An der höchsten Spitze des Kirmesbaumes, der gleichfalls zu den wichtigsten Erscheinungen des Festes zählt, werden Würste und Ledererlen befestigt, die dem Zufallen, der sie zu erreichen weiß. Das Begraben der sogenannten Kerbetante, die im folgenden Jahre feierlich zu neuem Leben erweckt wird, ist ein Volksgebrauch, der sich im Rheingau bis heute erhalten hat. In Thüringen ist es üblich, unter der Dorflinde einen Sammel zu schlagen.

Unter dem Schutz der Götin Freia stehen in manchen Gegenden, wo man Gladsch baut, noch heute die sogenannten Schwingtage. Uralte Gänge werden gesungen, während die Frauen die Schwingen auf die geerntete Frucht niederfallen lassen. Selbst der Brauch, sich am Nachmittag dieser Tage auf einen Hügel oder einen Berg zu begeben und dreimal dem Osten entgegenzurufen, soll sich in einigen Landschaften erhalten haben. Pöndliche Spiele, bei denen man ein dem altertümlichen Met ähnliches Getränk vorzuziehen pflegt, enden die Schwingtage, die zu den eigenartigsten Herbstfesten gehören, die wir kennen.

Daß in Gegenden, wo Weinbau betrieben wird, dem Herbst eine besondere Bedeutung zukommt, liegt auf der Hand. Nicht alle alten Bräuche haben sich bis heute erhalten. Doch ist es auch heute noch ein malerischer Anblick für den im Herbst etwa durch das

Rheintal Wandernden, Winger und Wingerinnen mit dem Wagen, auf dem das Kelterfaß steht, in die Weinberge ziehen zu sehen. Dunte Fahren begleiten oft den Zug und beleben, im Verein mit den Kopfputzen der Frauen, die Landschaft. Am Abend aber, nachdem das mühsame Tagewerk getan ist, lehrt man froh in die Dörfer heim, umleuchtet von Windlichtern und Lampen, die dem Zug vorangetragen werden. Raketen werden abgeschossen, Böller tragen durch die Nacht. Der Martinstag hat als erster Kolltag für den neuen Wein besondere Bedeutung.

Seh an Martini.

Trink Wein per circulum anni,

laukt ein alter Wunsch. St. Martin soll die Gabe haben, aus Most Wein zu machen, auch soll der Wein, der an dem diesem Heiligen geweihten Tage getrunken wird, Schönheit und Kraft verleihen. St. Martin ist im übrigen ein besonders den Kindern genehmer Gast, da er sie mit Nüssen und Äpfeln beschenkt, vorausgesetzt, daß über ihr Betragen keine Klagen laut werden. In Halle an der Saale pflegten früher die Kinder, vertrauens auf die Wunderkraft des Heiligen, mit Wasser gefüllte Krüge am Vorabend des St. Martinstages in die Saline zu stellen. Die Eltern entleerten die Gefäße dann heimlich und füllten sie mit Wein. Das sogenannte Martinshörn ist ein Gefäß, das der Heilige an artige Kinder zu verschicken liebt. Das Rheintal kennt auch den Brauch der St. Martinsfeuer, die man bei einbrechender Nacht auf den Höhen zu entzünden pflegt. Die Tüte, zu Ehren des Heiligen eine Gans zu verzehren, zählt zu den Bräuchen, denen eine harte Gegenwart in den meisten Gegenden das Lebenslicht ausgeblasen hat.

Die einsame Kiefer.

Von Reinhold Braun.

Auf einer Höhe stand die einsame Kiefer, nicht schlang wachsend wie ihre Schwestern im Walde. Ihre Äste waren gewunden wie die Leiber riesiger Schlangen, die aus der Erde quollen und mit ihren Haupten wieder zur Erde sich zurückzogen. Wie ein Zauberbaum des Märchens war die Kiefer anzuschauen. Die mächtigen Äste waren schimmernd wie helle Bronze, wie von Schuppen dunklen Goldes bedeckt. Die Zweige bogen sich oben mit kurzen, imaragdfarbenen Nadeln zu einem gewaltigen Schirme zusammen. So stand sie da, die Einsame, ein Bild der Kraft und Herbst und des geschlossenen Lebens. Wenn man vom Burggarten der uralten Stadt den Blick über das Tal und die sanften Höhen schweifen ließ, blieb er zuletzt immer wieder an der einsamen Kiefer

haften. Alles Unstete und Unruhvolle wurde an ihr still und fest. Es war wie ein Zauber, der von dem Baume ausging.

Nun kam's, daß um die Abendzeit die Mählichkeit über die Höhe schritt. Grau war ihr Gewand und ohne Schmuck. Das Antlitz der grauen Frau, die mit bähigem Fuße den kürzesten Pfad über die Höhe schritt, war von seltener Unbeweglichkeit und Kälte; ihr Bild war zu Boden gerichtet, herb und ohne Herz. So kam es, daß sie ein paar goldene Käfer, die über den Weg eiften, wie mutwillig geriet. Nun stand sie vor der einsamen Kiefer, schaute kurz hinauf, lachte hell auf und murmelte: „Solch ein unbrauchbares Ding. Das gibt nicht einmal ein paar Sparren fürs Dach! Nicht einmal ein gutes Brennholz! Galtig schritt sie ihren Weg weiter, schaute nur immer auf den Boden und achtete nicht der Sonne, die im letzten, wunderbaren Lichte zur Tiefe glitt.“

Nicht lange nach der Mählichkeit kam ein Mensch die Höhe hinauf, langsam mit erhobenen Haupte, immer den Blick in die Sonne gerichtet. Wie ein Träumender schritt er und schritt den alten Pfadweg empor, weil der so schöne Blumen an seinen Händen trug.

Nun stand der Mensch, der ein Dichter war, vor der einsamen Kiefer und schaute in ihr Astgewirr und die Seltsamkeit der Formen wie in ein Märchen hinein. Seine Hand glitt über die feine, schimmernde Rinde der Äste. Sein Blick ging den Ästen nach mit Staunen und Ehrfurcht.

„Einsamer Baum!“ sprach er, „wie schön du bist, wie wunderbar einzig in deinem Wesen! Wie müht du gekämpft haben! Wie tief und weit werden deine Wurzeln gehen! O du schöner, wunderbarer Baum!“

Wie leucht das goldene Licht die Kiefer durchflammt; wie sie bis zum Grunde erschimmerte in feierlicher Rölle! — „Bist du ein Märchenbaum?“ sprach leise der Dichter.

Schier im Traume wandte er sich nun um, und ein Ruf des Entzückens kam von seinen Lippen.

Im warmen Golde der schiedenden Sonne lag drüben über dem Tale die alte Stadt mit ihren Türmen und Mauern, den spitzen Giebeln der Häuser und den funkelnden Fenstern. ... Welch ein Bild! Friedvoll und reich an Weisheit! Und diesen Blick schenkte die Stille, die die einsame Kiefer stand. Der Dichter aber schaute lange in das Bild, bis die Farben in der Dämmerung verschwammen, und er dachte daran, wie viele unter dem Baume gestanden oder träumend gelegen hätten, Geschlechter um Geschlechter, Schönheit trinkend und die Freude des Lebens. ... Unter der einsamen Kiefer schrieb er an diesem Abend sein schönstes Gedicht.

Die schwierige Lage in Deutschland.

Verhandlungen des Reichstanzlers mit den Fraktionsführern.

Berlin, 25. Oktober. Im Reichstag fanden gestern vormittags, während die Vollversammlung in 11 Uhr im Gange war, unausgesehene Verhandlungen des Reichstanzlers mit den Fraktionsführern statt. Die Sozialdemokraten, bei denen sich immer mehr der Einfluss der früheren Unabhängigen nach der radikalen Seite hin bemerkbar macht, drohen wiederholt mit ihrem Austritt aus der Regierungskoalition, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Sie hatten diese in eine Art Programm gebracht, in deren Mittelpunkt die Forderung stand, daß die Reichsbank die unmittelbare Verantwortung der Goldreserven der Reichsbank geführt werden müsse. Auch sonst stellen sie sich unbedingt hinter den Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, der für eine Verschärfung der Devisenordnung eintrete. Es scheint aber, daß man gewillt ist, hier auf ein Kompromiß einzugehen in der Art, daß der legitime Devisenhandel, namentlich für die Industrie, begünstigt werden soll, während sich die schärfsten Maßnahmen gegen die Devisenspekulation richten sollen. Eine Einigung in dieser Hinsicht wird kaum vor dem Zusammentritt des Reichstages erzielt werden. Es wird übrigens in der Debatte, daß inwieweit ein Reichsausgleich nach mit diesen Forderungen und der Vorbereitung der entsprechenden Gesetze wäre beschleunigt. So trübend auch die Lage noch im Augenblick aussieht, so ist man doch allgemein der Meinung, daß man schließlich zu einer Verständigung gelangt und daß die Sozialdemokraten in der Regierung bleiben werden.

Der Kampf gegen die Kapitalflucht.

Danzig, 26. Oktober. Aus Berlin wird gemeldet: Die deutsche Regierung hat in ihrer Note an die Reparationskommission vom 28. Mai 1922 sich bereit erklärt, in Ergänzung des Kapitalfluchtgesetzes weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht zu treffen. Unter Vorbehalt der schon bestehenden Vorschriften soll künftig grundsätzlich die Ausfuhr von Kapital die vorherige Genehmigung des Finanzamtes voraussetzen. Nach § 1 des Entwurfs dürfen Bank- und Auslandskonten nur ausführen, wenn die von dem Auftraggeber eingetragene Erklärung mit einem Genehmigungsvermerk des zuständigen Finanzamtes versehen ist. Ausgenommen von diesem Genehmigungsgebot sind Aufträge von solchen Personen und Personengruppen, denen die zuständige Handelskammer darüber eine Bescheinigung ausgestellt hat, daß ihr Geschäftsbetrieb in hiesigen nach dem Auslande notwendig macht. Bei Zuwiderhandlungen sind Geldstrafen bis zu zwei Jahren, Geldstrafen bis zu zwei Millionen, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Beschlagnahme der Vermögenswerte, auf die sich die strafbare Handlung bezog, vorgesehen. Inhaber, Bevollmächtigte und Bevollmächtigte von Bankgeschäften, die geschäftliche Transaktionen vornehmen, sollen mit Geldstrafen bis zu 100.000 Mark bestraft werden. Die Reichsfinanzverwaltung ist sich bewußt, daß Unterschiede zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten, Auslandsguthaben im Auslande zu unterhalten, und zwischen der Absicht der Steuerhinterziehung. Sie geht in ihrem Entwurf von dem Grundsatz aus, daß alle volkswirtschaftlich gerechtfertigten Transaktionen von allen einengenden Vorschriften verschont bleiben sollen, daß aber überall dort eingegriffen werden soll, wo die Absicht der Kapitalflucht besteht, d. h. wo der Gesamtwert einer ausgeführten Ware in der Absicht, ihn dem deutschen Volke vorzuenthalten, zum Schaden der deutschen Wirtschaft ganz oder teilweise im Auslande belassen wird.

Eine Rede des Reichspräsidenten.

Berlin, 26. Oktober. Nachdem das die Frage der Präsidentenwahl neurende verfassungsändernde Gesetz im Reichstag in dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen war, begaben sich der Präsident des Reichstages, Loh und die Vizepräsidenten, Dietrich, Dr. Vell, Dietmann und Dr. Rieker zum Reichspräsidenten, um ihn sofort und in feierlicher Form von der Übernahme des Amtes in Kenntnis zu setzen. Der Präsident des Reichstages richtete dabei an den Reichspräsidenten, der die Mitglieder des Reichstagespräsidentiums im Beisein des Reichstanzlers und des Reichsministers Dr. Röder empfing, eine Ansprache, in der er ihm den Beschluß des Reichstages mitteilte. Er empfing die Reichspräsidentenwahl. Herr Präsident! Ich danke Ihnen für die Mitteilung des Beschlusses des Reichstages, der in Anerkennung der bisherigen Verfassungseinstimmung, das mir auf Grund des Gesetzes übertragenen Amtes des Reichspräsidenten auf der rechtlichen Grundlage der Reichsverfassung erneuert und in seiner Dauer verfassungsmäßig festgelegt hat. Haben Sie auch aufrichtigen Dank für die freundlichen Worte, die Sie in Verbindung damit an mich gerichtet haben. In der Zeit schwerster Schicksale Deutschlands habe ich das Amt des Reichspräsidenten übernommen; ich tat es nur in dem Bewußtsein, meine Pflicht tun zu müssen gegenüber den Volksgenossen, die mir in harten Tagen ihr Vertrauen entgegenbrachten. Im gleichen Gedanke erkläre ich mich auch heute bereit, mein Amt mit weiterem Eifer auszuführen. Entscheidend für diesen im Widerstreit verschiedener Erwägungen nicht leichten Entschluß war für mich das mir durch die überaus große Mehrheit der gewählten Vertreter des deutschen Volkes erneut bezeugte Vertrauen. Getreu meinem vor der Nationalversammlung in Weimar abgelegten Gelübnis, meine Pflicht dem deutschen Volke zu widmen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren, wird es mein alleiniges Bestreben sein, in Drang und Not dieser Zeit der Republik zu dienen und nach bestem Können mitzuwirken an der Gesundung und Erneuerung Deutschlands. Wie bisher, will ich mich auch fern- und nah bemühen, mein Amt unparteiisch zu führen, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben und meine Pflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich bin mir wohl bewußt, daß meine eigene Kraft und die Kraft vom Vertrauen der Volksgesamtheit getragener Regierungen des Reiches und der deutschen Länder allein nicht ausreicht, um die schweren Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft zu lösen; sie wird nur dann sich durchsetzen, wenn sie sich vereinigt mit den lebendigen, schaffenden und wirkenden Kräften des ganzen Volkes, wenn sie gestützt wird von dem staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen Leben unserer Nation. Darum wird es mein festes Bemühen sein, über alle Brechenheiten der Interessen und Weltanschauungen hinaus die großen und wertvollen Kräfte unseres Volkstums zusammenzufassen und zusammenzuführen in dem uns allen gemeinsamen: der Liebe und Pflicht, Treue zu Volk und Vaterland. Was uns auch sonst trennen mag, im klaren Bewußtsein unserer Pflichten gegen die Nation müssen wir alle uns in Einigkeit zu finden, wo es sich handelt um die Grundfragen des Lebens und der Zukunft unseres Vaterlandes. — Aber das, was für das Ganze notwendig ist, wird es nicht verschiedene Meinungen; es wird sich nicht vermeiden lassen, daß Gegensätze der Interessen und der Ideen aufeinanderstoßen. Aber diesen Kampf so zu führen, daß er nicht in einem Zusammenstoß der Leidenschaften, nicht in blinder Selbstverleumdung ausartet, muß unser gemeinsames Bestreben sein. Daß alle in diesem Geste wirken und ihn vorantreiben mögen, ist die Bitte, die ich an Sie, meine Herren, den Reichstag und alle deutsche Frauen und Männer, die guten Willens sind, in diese Stunde richte.

Eine stürmische Kundgebung.

Berlin, 26. Oktober. Eine Demonstration der Bankangestellten fand am Dienstag nachmittag im Berliner Lustgarten statt. Nach der Versammlung zogen die Teilnehmer, etwa 200 Personen nach der Dammstraße Bank in der Kriemhildstraße, wo unter Föhlen und Pfeifen einer der Demonstranten eine Scheibe einschlug. Der Täter wurde von der Schutzpolizei festgenommen und sollte zur Wache in der Niederwallstraße geführt werden. Die Beamten wurden von der der begleitenden Menge arg bedrängt, so daß sie den Revolver zogen. Ein anderer Bankangestellter wurde wegen aufreizender Reden gleichfalls festgenommen und die Demonstranten schließlich zerstreut.

Ein Sandgranatenattentat.

Vor dem Mannheimer Schörrichter wurde am 23. Oktober gegen den 22jährigen ehemaligen Anwaltsgehilfen Paul Jensen verhandelt, der anfangs September d. J. „aus politischer Überzeugung“ eine Sandgranate in den großen Saal der Mannheimer Produktionswerke warf, was außer Sachschaden glücklicherweise keine weiteren unmittelbaren Folgen hatte. Jensen spielt in der sogenannten nationalsozialistischen Arbeiterpartei eine führende Rolle. Mit ihm nahmen als Gehilfen der Tat weiter Pfaff auf der Anklagebank: der 18jährige Schumm, der gleichaltrige Bankbeamte Heinrich Förster und der ehemalige Uhrmacher Maurice. Der Angeklagte gab ein Lebensbild von sich und bestritt die Absicht, es auf Gewalttätigkeit gegen Menschen abgesehen zu haben. Er habe nur einen Schreckschuß, ein Warnungssignal abgeben wollen, damit die Mannheimer Juden nicht es an der Wende nicht zu toll treibe, und damit das arme deutsche Volk billiger Lebensmittel bekomme. In Wien habe ein ähnlicher Schreckschuß auf die dortigen Juden gut gewirkt. Auch da seien die Juden nicht mehr gestiegen. Jensen kommt dann auf seine Probetätigkeit für die nationalsozialistische Arbeiterpartei zu sprechen und behauptet, daß er bei der Verbreitung von Flugchriften mehrfach von Juden angegriffen worden sei. Nach der Eröffnung Mathenau sei seine Partei von allen verfolgt worden. Übrigens sei das Ganze nicht so schlimm. Nur die Presse habe den Fall so aufgebauscht.

Aus der Vernehmung des Angeklagten Schumm ergibt sich, daß er seit Oktober 1921 Mitglied der nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Mannheim war. Ende August und Anfang September war Schumm auf Urlaub in München. Jensen habe ihn ersucht, zwei Sandgranaten mitzubringen.

Der Angeklagte Maurice war Leiter einer nationalsozialistischen Turn- und Sportabteilung, die weil sie so häufig geteilt sei, den Ehrennamen „Sturmabteilung“ erhalten habe. Weiter verbreitete sich der Angeklagte über die Vorgänge in München. Dort Schumm von Jensen mit dem Auftrag wegen eines bevorstehenden Attentats auf die Mannheimer Börse zur Besorgung von Sandgranaten nach München entsandt wurde, sei ihm nicht bekannt gewesen.

Der Sprengstofffachverständige hielt die Sandgranate für zweifellos sehr effektiv. Sollte sie in den Saal geschleudert worden, wäre ihre volle Wirkung ausgeübt, dann wäre ein beträchtlicher Teil des Gebäudes in Trümmer gelegt worden. Der medizinische Sachverständige erklärte sämtliche Angeklagten für zurechnungsfähig. An die Geschworenen wurden insgesamt 13 Schulfragen gestellt.

Die Geschworenen verneinten nach einstündiger Beratung sämtliche Fragen, die sich auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz bezogen. Sie bejahten dagegen die Frage auf unbefugten Besitz von Waffen b. m. V. Hilfe zu diesem Vergehen. Außerdem wurden sämtliche Angeklagte, mit Ausnahme von Maurice, mildernde Umstände zugebilligt. Das Urteil lautete gegen Jensen auf neun Monate Gefängnis, gegen Schumm auf sechs Monate, gegen Förster auf zwei Monate Gefängnis. Bezüglich des Angeklagten Maurice kam das Gericht zu der Überzeugung, daß die Geschworenen sich zu Ungunsten des Angeklagten geirrt hätten, und lehnte den Fall erneut zur Verhandlung in die nächste Schörrichterperiode.

Das Attentat auf Maximilian Harden.

Zum Attentat auf Maximilian Harden liegt das Ermittlungsergebnis jetzt der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage vor. Die Untersuchung hat eine Verzögerung erfahren, weil sich vor einiger Zeit ein Falschmeldung über die Selbstbeziehung, Mithäter zu sein, dem Untersuchungsrichter gestellt hatte und in Haft genommen worden war. Günter Schmidt eine Vernehmung des Gerichts bezog zu haben, da seine Angaben bei näherer Nachprüfung als unrichtig befunden worden sind. Der Täter Antermann ist bisher noch nicht ergriffen. Die Anklage wird daher voraussichtlich nur gegen den Buchhändler Grang und den Mithäter Weichardt erhoben werden.

Personalveränderungen im Reichsdienst. Wie die „Dena“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird der unabhängige Sozialistenführer Dr. Hilferding den ihm angebotenen Posten eines Staatssekretärs im Reichsfinanzamt nicht annehmen. Damit würde dann auch die Verlegung des Staatssekretärs Schröder aus dem Reichsfinanzministerium in das auswärtige Amt hinfällig werden. Staatssekretär Schröder wird in den nächsten Tagen im Auftrage der Reichsregierung zu Ausgleichsverhandlungen nach Rumänien fahren. Für den Posten des wirtschaftlichen Staatssekretärs im auswärtigen Amt gilt als aussichtsreichster Kandidat vorläufig der bayerische Handelsminister Dr. Hamm. Die Befragung des Landespostens in München hat auch vorläufig noch keine Regelung erfahren können, weil Herr v. Daniel, der für diesen Posten in Aussicht genommen ist, zurzeit noch unabhänglich ist. Ehe sich der neu zu ernennende wirtschaftliche Staatssekretär im auswärtigen Amt nicht eingearbeitet hat, wird Herr v. Daniel seinen Posten nicht verlassen können. Als eventl. Nachfolger des Staatssekretärs v. Daniel in seiner jetzigen Stellung im auswärtigen Amt ist, wie verlautet, Herr v. Bergen in Aussicht genommen.

Erhöhung der deutschen Reichsbahnfahrpreise auf das Vierfache. Die gleichen Gründe, welche für die Erhöhung der Personalfahrpreise zum 1. Oktober und 1. November d. J. bestimmend waren, nötigen zu ihrer weiteren Erhöhung am 1. Dezember, womit sich auch der Ständige Ausschuss des Reichsbahngesetzes grundsätzlich einverstanden erklärt hat. Die am 1. November in Kraft tretenden Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs werden mit Wirkung vom 1. Dezember um weitere 100 p. h., also auf das Vierfache der vom 1. Oktober ab geltenden Tariffahrpreise, erhöht. Die Erhöhung soll in der Weise durchgeführt werden, daß sämtliche Fahrpreise zum vierfachen Satze ihres aufgedruckten Preises verkauft werden. Eine Überstempelung der Fahrkarten erfolgt nicht.

Die neuen Sätze für Rentenempfänger. Der Hauptausschuss des Reichstages beschäftigte sich mit einem Verordnungsentwurf über die Erhöhung der Unterstützung der Rentenempfänger, der Invaliden- und Angehörigenversicherung. Die Unterstützungsbeträge wurden auf 18.000, 15.000, 7.000 und 12.000 Mark erhöht. Man beriet dann die Vorlage bezüglich der Abgabe auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal. Von kommunistischer Seite lag ein Antrag vor, der verlangte, daß der Name Kaiser-Wilhelm-Kanal durch die Bezeichnung Nord-Elbe-Kanal ersetzt werden müsse. Der Hauptausschuss beschloß jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, den Namen beizubehalten, sah im Interesse der schnelleren Festschreibung der Gebühren für den Kanal davon ab, dem Reichstag ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Gebühren zu geben.

Verheerende Wirkung der Berliner Straßenbahnfahrpreise. In Berlin hat der Sprung von 10 auf 20 Mark der Straßenbahnfahrpreise die Verunsicherung bestärkt, die an die Mahnworte geknüpft wurde. Die Straßenbahn hat mehr als ein Viertel ihrer Fahrgäste verloren. Die finanzielle Lage der Straßenbahn ist dadurch überaus bedrohlich geworden. Die Direktion sieht sich genötigt, erhebliche Einschränkungen durchzuführen und eine starke Verringerung des Fahrpersonals — man spricht von 800 bis 1000 Mann — eintreten zu lassen.

Veranlassung: für den politischen und den allgemeinen Teil: J. S. Dr. Martin Meißner; für die Wirtschaft, Kunst und Handel: Dr. Martin Meißner; für Lokal- und Provinzialverhältnisse: Rudolf Dörffling; für den Angelegenheit: Dr. Grahmann. Druck und Verlag: der Posener Volksdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Schmidt in Posen.

England und Frankreich.

Was man in Frankreich vom Kabinett Bonar Law erwartet.

Paris, 26. Oktober. Philipp Millet schreibt im „Petit Parisien“: „Bonar Law wird natürlich das Seine tun, um die Entente unserer beiden Länder zu fördern, aber man würde sich täuschen, wenn man von ihm in politischen Angelegenheiten eine kräftige Wendung erwartete. Er wird stets die Vermittlung in der Lösung einer gefährlichen Initiative vorgehen. Die Aufgabe Bonar Law muß sein, dem neuen Leiter der englischen Politik durch eine ruhige und freundschaftliche Sprache zu beweisen, daß Frankreich nicht daran denkt, die Entente in Abenteuer hineinzuziehen.“

Lord Derby warnt Frankreich.

London, 26. Oktober. Der frühere englische Votschafter in Paris, Lord Derby, warnt die französischen Politiker vor allzu übertriebenen Hoffnungen und sagt dem Sonderberichterstatter des „Matin“ in voller Aufrichtigkeit seine grundsätzliche Anschauung über das Verhältnis zu Deutschland. Er sagt, daß Frankreich auf einige seiner Hoffnungen verzichten müsse. Er erkennt an, daß für den Aufbau der zerstörten Gegenden gearbeitet werden muß, und daß Frankreich das Recht auf eine besondere Rücksicht hat, weil es große Summen in der Hoffnung auf Deutschlands Zahlungen bereits aufgewendet hat. Lord Derby ist jedoch der Meinung, die Lösung der Reparationsfrage müsse in einer Weise erfolgen, die Deutschland zu Dank verpflichtet. Deutschland müsse erkennen, daß die Mächte ihm helfen wollen, eine Katastrophe zu vermeiden. Die moralische Verpflichtung, die das Reich dann gegen die Welt hätte, würde Volk und Regierung dazu zwingen, ihre gegebenen Versprechungen zu halten. Lord Derby ist also kein Anhänger der Methode des Zwangs und der Drohungen. Aber das Verhältnis zwischen England und Frankreich sagte er: „Beide Länder müßten sich zu verstehen versuchen und es fortan unterlassen, sich gegenseitig zu verdächtigen und anzuklagen.“ Er selbst werde immer aufrichtig der Freund Frankreichs bleiben, aber er sei auch englischer Patriot, und niemand dürfe deshalb verlangen, daß er gegen die Interessen seines Landes spreche und handle.

Die endgültige englische Ministerliste.

London, 26. Oktober. In der endgültigen Ministerliste sind folgende Änderungen gegenüber den bisherigen Meldungen zu verzeichnen: Viscount Croke Lordkanzler, Herzog von Devonshire für Kolonien, Lord Derby für Krieg, Crane für Handel, Regierungsvertreter im Oberhaus ist Lord Curzon.

Aus Litauen.

Warschau, 24. Oktober. Der „Kurjer Polony“ berichtet die Folgen der Finanzreform in Litauen. Wie bekannt ist, hat die Kommandierung Regierung, um sich vor dem andauernden Rückgang der deutschen Mark zu schützen, eine eigene Valuta eingeführt, die sogenannten „Litae“, die auf Goldparität um 100 Dollars geknüpft sind. Von den Litauern verhältnismäßig viel begehrt und zwar wegen der Rückwanderer. Die „Litae“ entsprechen dem Wert von zehn amerikanischen Dollars. Inzwischen hat der Preis des „Litae“ bereits den Wert des Dollars selbst übersteigen. Es ist deshalb zu erwarten, daß die zum Gewinn der Litauischen Ausgabe nach Deutschland ausströmt, da infolge der künftigen Herausgabe des „Litae“ die Kartofeln und Eier, der Hauptausfuhrartikel Litauens, in Litauen teurer sind als in Deutschland.

Zur gefl. Beachtung!
Die zweite Auflage von
Wesoly Początek
Polnisches Lesebuch für deutsche Schulen
von H. Seydell
ist vergriffen! Der Neudruck des Buches wird in
einigen Wochen vollendet sein.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A.-G.,
Poznań, ulica Zwirzyńska 6.

Achtung! Achtung!
Auswanderer!
Wer seine Landwirtschaft,
sein Haus usw.
gut und schnell verkaufen will — wende sich an
Dom Handlowy M. Buschke,
Poznań, ul. 27. Grudnia 18 (fr. Berliner Str.)

Größeres Grundstück
für Fabrikzwecke
ca. 600—1000 qm bebauter Fläche zu kaufen
gesucht. Offerten mit Preisangabe unter 9818 an
die Exped. dieses Blattes.

Dampfplüge
neue und wenig gebrauchte
zu jedem Preise
verkauft
Centrala Pługów Parowych
T. z o. p.
Maschinenfabrik
Poznań
Tel. 21-21 u. 41-52. — Telegr. CENTROPLUG.

Der große Erfolg
in der Ausbreitung
meiner Fabrikate liegt in dem fest durch-
geführten Prinzip.
Nur das allerbeste ist für
den Landwirt gut genug.
Allerbeste Breitdrechmaschinen
unerreichte Qualität.
Häufelmaschinen stärkste Bauart,
leichtester Gang.
Reinigungsmaschinen u. Wind-
fegen für verminderteste
Ansprüche.
Maschinenfabrik und Eisengießerei
K. Mielke, Chodzież, früher
Kolmar

Gebrauchte, gut erhaltene
Getreide-, Mehl-, oder
Futtermittelsäcke
zu kaufen gesucht.
Carl Kretschmer & Co., Leszno.
Zu kaufen gesucht für Export
Möbel (größere Rollen)
Bettstellen, Stühle, kompl. Schlafzimmer
direkt vom Fabrikanten oder aus dem Betrieb.
Offerten sind an D. Davids, Łódź, Grand Hotel,
zu richten.

Ausschneiden! Ausschneiden!
Postbestellung.
An das Postamt
in
Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Werte)
für den Monat November 1922.
Name
Wohnort
Postamt
Straße

TEATR PALACOWY
(Palast-Theater)
Vom 26. Oktober bis 1. November:
Za grzech matki
(Für die Sünde der Mutter)
Ergreifendes Drama in 6 Akten.
In der Hauptrolle der berühmte Kinostern **Eva May.**
Anfang der Vorstellungen: Wochentags um: 4 $\frac{1}{2}$, 6 $\frac{1}{2}$ und 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
an Feiertagen um 4, letzte Vorstellung 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Erstklassiges Konzert unter Leitung des Herrn L. Budzyński.



Wir drucken
schnell — gut — preiswert
und in allen Kultursprachen

Druck-
laden
jeder Art
in Buch-
und
Steindruck
—
Für Behörden und Körperschaften:
Formulare, Handelspläne, Kontobücher, Kassen-
becher, Ehrenurkunden, Aufträge und Marken aller
Art und für alle Zwecke.
Für Handel und Industrie:
Kataloge, Prospekte, Mitteilungen, Briefbogen,
Rechnungen, Quittungen, Empfangsbelege, Brief-
umschläge, Einheiten Preislisten, Paketadressen,
Frachtzettel, Zettelkarten, Schreibblätter usw.
Für persönlichen Gebrauch:
Besuchskarten, Verlobungsanzeigen, Hochzeits-
einladungen, -Zeitung und -Bilder, Vermählungs-
Geburts- und Todesanzeigen.
Für Werbedruckachen
wie Bankbills, Aktien, Zinsbogen und sonstige Do-
kumente, sowie Druckachen vertraulichen Inhalts
besitzen wir eine besondere Wertpapierdruck-Ab-
teilung sowie sonstige Einrichtungen welche gute
Ausführung gewährleisten.
Für wissenschaftliche und fremd-
sprachliche Sacharbeiten
deren Pflege
wir uns besonders anlegen lassen, verfügen wir
über ein ausgezeichnetes Personal; gleichzeitig auch dem
Fotodruck und den letzten illustrierten Druckerbeiten
bei uns ganz besondere Sorgfalt angewendet wird.

Posener Buchdruckerei und
Verlagsanstalt T. A., Poznań
(früher Ostdeutsche vorm. Merzbach'sche Buchdruckerei)
Zwirzyńska (Tiergartenstraße) 6
Fernsprecher: 2273, 3110, 3249, 4246 Tel.-Adr.: Diltelag
Graphische Kunstanstalt :: Buch- und
Steindruckerei mit eigener Buchbinderei

Preise steigen!
Empfehle sehr günstig
Fiernis, la. Wagenlacke versch.
Schellack echt, Farben, Pinsel
Nowa D. ogerja, Poznań,
ul. Wrocławska 38 — Telefon 5191.

Kaufe
Pianinos
und zahle die höchsten Preise
Offerten „Hotel Monopol“.

Industriekonzern sucht
handelsfertiges
Grubenholz
auch für dauernde Lieferungen und Waldbestände
jeden Umfangs sowohl auf dem Stamm als auch
geschlagen und getrocknet zu kaufen.
Angebote erbiten unter Nr. 43, 45 an Annoncen-
büro „Par“, Poznań, ul. Fr. Ratajczaka 8.
Bermittler verbeten.

Spielplan des Großen Theaters.
Freitag, den 27. 10. abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: „Tiefland“,
Oper von B. Albert.
Sonnabend, den 28. 10. abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: „Aida“,
Oper von Verdi.
Sonntag, den 29. 10., nachmittags 3 Uhr: „Madame
Butterfly“, Oper von Puccini. (Preis-
ermäßigung).
Sonntag, den 29. 10., abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: „Konrad
Wallenrod“, Oper von Zelenka.
Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szykrowski ul. 10
Freitag 1.

Stellenangebote
Herr
beider Sprachen in Wort und
Schrift mächtig, gewandt im
Verkehr mit dem Publikum,
Fachmann oder Herr, der
sich im Expeditions-geschäft
einarbeiten will
gesucht.
Schriftliche Offerten mit Bild
und Gehaltsanforderungen werden
erbeten unter E. W. 9833
an die Geschäftsstelle d. Bl.
Mit effizienten Millionen Mark sucht Kaufmann der
Lebensmittel- und Getreidebranche sich als
tätiger Teilhaber
nur an
erklässigen Unternehmen
zu beteiligen auch würde er eine
leitende Stellung annehmen.
Gef. Angebote unter B. 9772 an d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

5 Elektromonteur
sofort gesucht.
A. Pawlitta, Leszno, Dworcowa 50.
Telephon 188.

evang. Diener.
jährlich mit anständiger Bezahlung. — Zeugnisabschriften,
Bild und Gehaltsanforderungen sind einzufenden. Angebote
unter L. 9835 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.
Zeitungsaussträger,
Frauen oder schulfreie Kinder werden für die Zume-
nach sofort eingestellt.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
Für sofort oder später
perfektes Hausmädchen
gesucht. Prima Zeugnisse. (Nähen, Plätten gewünscht).
Offerten an Schloß Witajnyce, pow. Jarocin.

Stellenged.
Zwei junge Mädchen suchen
zum 1. 1. 23 Aufnahme auf
oder der Oberlehrer zur
Erlernung d. Hausfalls
bei vollem Lohn und nach
Df. u. G. E. P. v. 9805
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.
Kochungen
Lehrer sucht
möbl. Zimmer
nahe dem Boia. suchen Gart. n.
Off. unter 9836 an die
Geschäftsst. d. Bl.

Pele u. Fette
in erstklassiger Qualität liefern
Sander & Brathuhn
Poznań ul. Dobrej Mielżyńskiego 23, Telef. 4010

Autoreifen
nur erstklassige Fabrikate, weit unter
Konkurrenzpreisen, z. B.:
760x90 für 100 000 Mk.
820x120 „ 210 000 „
880x120 „ 220 000 „
935x135 „ 275 000 „
offert zur sofortigen Lieferung
Erste Posener Vulkanisier-Anstalt
J. Müller, Poznań, ul. Dąbrowskiego 36.
Größtes Gummlager am Platze.

Deutschtumsbund
zur Wahrung der
Minderheitsrechte.
Abteilung: Frauenbund.
Sonntag, den 29. Oktober,
nachmittags 5 Uhr,
im großen Saale des Evang.
Vereinshauses
Volksunterhaltung.
Eintrittskarten zu 80 Hl. in
der Ev. Vereinsbuchhandlung
und an der Kasse.

Feine, moderne
Strickarbeiten
fertigt jede Dame nach dem
vorzüglichen Rezepten und
den herrlichen Mustern von
Kunst-Stricken
zu haben bei
Leonhard Pfizner,
Poznań, Ul. Grobla 25a.

Haus
in Oberhausen, 18 Zimmer,
Einf. gegen eine große od. fl.
Landwirtschaft
in Polen zu verkaufen.
9840 **Beistl,**
Duisburg-Meiderich,
Emmericherstr. 92.
Andacht in den
Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A
Wolnica
Freitag, 27. Okt., abends
4 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Sonabend morgens 7 Uhr
vorm. 10 Uhr nachm. 4 $\frac{1}{2}$
Uhr Mincha.
Sabbatmorgens 5 Uhr 18 M.
Werktags-Andacht.
Morgens 6 $\frac{1}{2}$ Uhr und abends
4 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Synagoge B
(früher Brückensynagoge).
Ul. Dominikańska.
Freitag, d. 27. Okt., abends
6 $\frac{1}{2}$ Uhr
Sonabend d. 28. Oktober
vorm. 10 Uhr.

Ankäufe u. Verkäufe
Kaufe Pianino oder
Flügel sowie Teppich.
Offerten unter A. 9829 an die
Geschäftsstelle d. Blattes erb.
Frei- u. Marken
kauft zu 100 — 120. deutsch
10017 per 1000 — **Stattgart.**
A. br. Kohler, Weizstr. 26.

Habe einen gut erhaltenen
Geldschrank
zu verkaufen. Offerten unter
E. 9830 an d. Geschäftsstelle
dieses Blattes erbeten.
Petroleumhängelampe
und 1 Schrank zu verkaufen.
H. Lüdke ul. Dąbowa 6, I.
Getragene Garderobe,
In der Nähe, eiserne
Beistelle zu verkaufen.
vormittags.
Ul. Polna 14, I. links.

Sämtliche
deutsche Klassiker in 42
Bd., deutsch u. Regisbuch
in 2 Bd. u. Geschichte der
deutschen Kaiserzeit von
Sie e. recht in 4 Bd. — alle
neu erhalten zu verkaufen.
Zu erfragen zwischen 2—8
Uhr bei
Stanny, Łokowa 18, II. Hof.

— *Jahrbuch deutscher Bibliophilen für 1921/22*, Herausgegeben von Hans Feigl. (Verlag M. Perles, Wien und Leipzig.) Dieses schön ausgestattete Doppeljahrbuch enthält eine Fülle anregender, belehrender und geistvoller Aufsätze aus dem weiten Gebiete der Bücherkunde und der Bücherabsonderlichkeiten von teilweise recht bemerkenswerter Art. Besonders herausgehoben zu werden verdienen die Beiträge Schneidewins über die Brüder Eduard und Hans Griesbach, Frh. Mauthners von berühmten gedruckten Büchern, Prenerbüchls „Die Gottfried Keller las“, über den Wiener Sinologen Rigmaier, der vom deutsch-französischen Kriege von 1870 erst durch chinesische Zeitungsberichte Kunde erhielt.

Nachdem noch der Stadtv. Grzegorzewicz gesprochen hatte, begann

die Zuerberbette.

Die Ausführungen der einzelnen Stadtvorordneten gipfelten in der Frage, wo der zur Verteilung gelangte Zucker auf einmal gelassen sei, und mit welchem Rechte in solchen Geschäften bedeutend mehr als die festgesetzten 340 M. für das Pfund (in bestimmten Fällen 500 M.) den Käufern abverlangt werden.

Bürgermeister Dr. Kiedaß schlug vor, bei jedem Fall dem Magistrat Anzeige zu erstatten, um die Betreffenden zur Verantwortung ziehen zu können, und daß die Weiterverläufer gegenüber der Verkaufszentrale die Verpflichtung übernehmen, den Zucker nicht teurer als zu dem festgesetzten Preise abzugeben.

Stadtv. Topolski rechnete aus, daß auf den Kopf der Bevölkerung 3 Pfund Zucker kommen müßten.

Stadtv. Dubajski fragte gelegentlich der Zuerberbette an, wie es mit der vor einigen Monaten versprochenen Schaffung eines städtischen Lebensmittelamtes stünde, worauf ihm der Stadtvorpräsident antwortete, daß die Angelegenheit noch nicht habe in Angriff genommen werden können, da der Minister rat noch nicht den vorgesehenen Kredit bewilligt habe.

Stadtv. Ostka bemerkte, daß viel Zucker nach Kongresspolen verschoben werde.

Ihm tritt jedoch der Stadtv. Maciejewski entgegen und harrt ihn vor betriebligen Bemerkungen, für die er unter Umständen die Folgen zu tragen hätte.

Ein Antrag auf Schließung der Aussprache wird nach Ausführungen des Stadtvorpräsidenten mit großer Mehrheit angenommen.

Man geht zur Tagesordnung über. Nach der Vornahme einiger Wahlen wird die Erhöhung der Monatszulage der Magistratsfunktionäre um 50 Prozent, rückwirkend vom 1. Oktober, ohne Widerspruch angenommen. Im Anschluß daran wird die Frage der Auszahlung von Zuschüssen nach dem Beispiel anderer Behörden und Institutionen aufgeworfen. Vom Magistrat wird mitgeteilt, daß diese Frage erörtert werden solle.

Frau Stadtv. Dr. Grotzman berichtet dann über die Erhöhung der Kurkosten im Stadtkrankenhaus. Die neuen Kurkosten werden in folgender Aufstellung bemittelt: Priesterpersonen in der dritten Klasse: a) Einheimische: Erwachsene 3000 M., Kinder 2500 M.; b) Auswärtige: Erwachsene 4000 M., Kinder 3000 M. Für Kranke der Landesversicherungsanstalt, der Armendeputation und für Geisteskranke gelten für die einzelnen Rubriken wie Einheimische und Auswärtige, Erwachsene und Kinder dieselben Sätze wie bei Privatpersonen, nur daß die Rubrik „Auswärtige“ bei den Kranken der Armendeputation keine Zahl anzeigt.

Stadtv. Dr. Wachowiak berichtet über die Änderung des Gesetzes vom 12. Juli betreffend die vom Landes-Kommunalverband bereits erhaltene Anleihe.

Darauf wird die Verankerung verschiedener Titel des Haushaltsplanes des Stadtkrankenhauses für das Jahr 1922 beschloffen.

Stadtv. Ballenstedt ergreift dann das Wort zu Punkt 21. Es wird von der Versammlung ein weiterer Kredit von 470 000 M. für die Renovierungsarbeiten bei den Baracken hinter dem Warschauer Tor bewilligt.

Zum Schluß kommt die Angelegenheit des Polytechnikums zur Sprache. Referent ist wieder Stadtv. Ballenstedt. Den Bemühungen der Ingenieure- und Architektenvereinigungen sei es zu verdanken, daß die Arbeiten schon soweit gediehen waren, daß in diesem Winter mit den Studien hätte begonnen werden können, wenn nicht der Kultusminister hemmend dazwischengetreten wäre, was er damit begründet habe, daß die Arbeiten ohne seine Genehmigung geführt worden seien. Der Redner meint, daß die Regierung aber sowieso daran werde gehen müssen, ein weiteres Polytechnikum außer den bereits in Krakau und Lemberg bestehenden zu schaffen. Die Posener Universität müsse auf jeden Fall unterstützt werden. Deshalb soll auch eine Entschließung, die von der Versammlung angenommen wurde, an den Ministerpräsidenten eingereicht werden, in der um Unterstützung bei der Fertigstellung des Planes angegangen wird. Das Starostwo Krajowe (die Landeshauptmannschaft) hat bereits ihre Unterstützung zugesagt.

Nach 1/2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen, ohne daß die geplante Mietssteuer, die Angelegenheit der Anleihe und andere auf der Tagesordnung stehende Fragen erörtert worden waren.

Erhöhung der Invalidenrenten und Teuerungszuschläge.

Aus Warschau wird gemeldet: Der polnische Ministerrat hat beschlossen, eine Erhöhung der Invalidenrenten und der Teuerungszuschläge eintreten zu lassen, was von besonderer Wichtigkeit für das ehemals preussische Gebiet ist. Die Invalidenrente wird damit vom 1. November an auf monatlich 8000 M. erhöht, die Witwenrente auf 4000 und die Waisenrente auf 2000 M. Die Invalidenbeiträge werden auf das Zehnfache erhöht.

Aus der Rechtsprechung zum Mieterschutzgesetz.

In Warschau erscheint eine Monatsschrift mit dem Titel: „Die polnische Rechtsprechung“, die in einer ihrer letzten Ausgaben über die Anwendung des Mieterschutzgesetzes folgendes ausführt:

Das Oberste Gericht geht von dem Standpunkt aus, daß der Gesetzgeber bei dem Erlass des Gesetzes über den Mieterschutz nicht etwa den Schutz der Pächter ganzer Lokale, sondern den Schutz solcher Mieter im Auge gehabt habe, denen eine Wohnung gesichert werden soll, sowie den Schutz von Kaufleuten, Handwerkern und Arbeitern, um ihnen die Führung ihrer Werkstätten und Läden ohne Ausnutzung von Seiten der Vermieter zu ermöglichen. Das Gericht erkennt daher, daß der Mieter eines Lokals für theatralische Vorstellungen und sonstige Schaustellungen nicht den Ausnahmegestimmungen des Gesetzes über den Mieterschutz unterliegt. Die These des Obersten Gerichts, daß die Miete eines ganzen Gebäudes nicht unter den Mieterschutz falle, hat die Kritik hervorragender Juristen hervorgerufen, da bei einer solchen Auslegung Ämter, Schulen oder Hotels, die ein ganzes Gebäude einnehmen, verdrängt werden könnten.

Der Antrag auf Lösung des Mietvertrages und auf Exmision infolge erheblicher Verstöße des Mieters kann ohne vorhergehende Kündigung eingereicht werden.

Es kann, so heißt es in einem Urteil, nicht gebildet werden, daß der Hausbesitzer und die anderen Mieter im Falle auflösender Verstöße eines Mieters gezwungen sein sollen, diese Zustände monatelang zu dulden. Ein brutales Verhalten des Mieters gegenüber dem Hausbesitzer, das durch Gründe veranlaßt wurde, die nicht im Verträge vorgesehen sind, ist kein wichtiger Grund zur Kündigung der Wohnung dar. Das Gesetz über den Mieterschutz findet keine Anwendung auf einen Mieter, der selbst die vermietete Wohnung nicht inne hat. Von der dritten Kammer wurde als ein wichtiger Grund der Kündigung einer Wohnung der Fall anerkannt, wenn der Hausbesitzer die Wohnung ohne eigenes Verschulden dringend zur sofortigen eigenen Benutzung braucht. Im Falle einer Kollision der Interessen des Hausbesizers und des Mieters hat der Hausbesitzer den Vorzug nur insoweit, als festgesetzt wird, daß im gegebenen Falle das Interesse des Hausbesizers größer ist als das des Mieters. (Die erste Kammer hat in einem Urteil dem bloßen Einwand, daß der Hausbesitzer die Wohnung für sich benötige, nicht als wichtigen Kündigungsgrund anerkannt. Die 2. Abt.)

Das Konsulat der Tschechoslowakischen Republik in Polen wird aus Anlaß des Nationalfeiertages am Sonnabend, 24. Oktober d. Mts., nicht amtierend. Am 12. Uhr findet der offizielle Empfang der Vertreter der hiesigen Behörden, sowie der tschechoslowakischen Kolonie im Konsulate, Plac Sapiechowski Nr. 8, I. (fr. Sapiechablag) statt.

Beheizung der Eisenbahnwagen. Am 16. d. Mts. wurde mit der Beheizung der Nachzüge auf den polnischen Staatsbahnen begonnen, während die Beheizung der Züge, die am Tage verkehren, gestern am 25. d. Mts. aufgenommen wurde.

Ausfall der heutigen Börse. Das Sekretariat der Posener Börse teilt uns mit, daß infolge Anhäufung von Börsenaufträgen, mit denen die Banken nicht Schritt halten können, die Börse heute, am Donnerstag, geschlossen bleibt.

Deutsche Vortragsveranstaltungen. Donnerstag 6 Uhr: Polnisch für Fortgeschrittene (Vormittag, Vereinshaus); 7 Uhr: Stenographie (Neuer, Bürgerstraße in der Mittelstr.); 8 Uhr: Französisch für Fortgeschrittene (Gross, Vereinshaus); Freitag 7 Uhr: Polnisch für Anfänger (Vormittag, Vereinshaus); 8 Uhr: Französisch für Anfänger (Gross, Vereinshaus). — Sonnabend 6 Uhr: Das deutsche Drama seit 1890 (Gross, Vereinshaus); 8 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene (Gross, Vereinshaus).

Größtes Theater. Albers in der vergangenen Spielzeit hier mit großem Erfolg gegangene Oper „Tiefland“ wird am Freitag, dem 27. Oktober zum 1. Mal in der gegenwärtigen Spielzeit aufgeführt. Besetzung: Derlewig, Brzecha, Fontanówna, Karpicki, Kowalewski, Majchrzakówna, Ostoja, Płohski, Topiel, Komorowska. Musikalische Leitung: Kapellmeister Wojciechowski. Spielplan: Herr Tarnowski. — Sonnabend: „Lida“ mit Frau Kusłowska — Bojarska in der Titelrolle und Frä. Lechowicz als Amneries. — Sonntagnachmittag: „Madame Butterfly“ (halbe Preise). — Sonntagsabend: „Konrad Wallenrod“.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein hielt am 20. d. Mts. seine Monatsitzung zum ersten Male in den bisherigen Räumen des Vereins junger Kaufleute im alten Stadtheater ab. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen sprach der Vorsitzende dem aus Polen stehenden Herrn Studienrat Steller den Dank aus für seine Arbeit im Verein, insbesondere für seine ausgezeichneten Vorträge, und widmete ihm die besten Wünsche für die Zukunft. Sodann hielt der Gartenbaudirektor Reiffert einen Vortrag über „Zeitgemäße Fragen der Garten-, Obst- und Blumenpflege“. Der vielseitige, der jetzt im Herbst zu leistenden Arbeiten besonders hervorhebende Vortrag des erfahrenen Fachmannes bot jedem Zuhörer Anregung und Gewinn. Reichhaltiges Demonstrationsmaterial, namentlich auch kostproben selbstgezeugenen Edelrosetten, trug zum Verständnis bei. Leider war der Vortrag nur schwach besucht.

Deutsches Gymnasium. Helft den in der Erstklassen geschwächten selbständigen Handwerker durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Polen, Wajl Leszczynski 2 (früher Kaffeehaus).

Brandbericht. Gestern Abend gegen 9 Uhr wurde die Feuerwehr zu einem Schornsteinbrand, der bereits auf einen Dachstuhl übergegriffen hatte, nach der sw. Wojciech 21 (fr. St. Albrechts) gerufen. Das Feuer wurde in kurzer Zeit gelöscht.

Auf frischer Tat ergriffen wurde gestern in einem Tamenpugelschäft in der ul. 27 Grudnia (fr. Berlinerstr.) eine Ladendiebin, die unverschämte Julian S. u. b. e., die einen wertvollen Damenschuh zu stehlen versuchte.

Ein Einbruchdiebstahl wurde Mittwochvorm. zwischen 10-12 Uhr in eine Wohnung des Hauses ul. Kwiatowa 10 (fr. Blumenstr.) verübt. Gestohlen wurden verschiedene Wäschstücke und Schmuckgegenstände, u. a. ein Brillantiring in Schlangenform mit Rubinen und den Buchstaben S. K., eine goldene Brosche mit Rubinen und ein Paar goldene Ohrringe mit Saphiren, im Gesamtwerte von 200,000 M.

Denket an die Deutsche Altershilfe!

Bromberg, 24. Oktober. Wie in der letzten Bromberger Stadtverordnetenversammlung bekannt wurde, weist der Haupthaushalt in der Zentralverwaltung einen Fehlbetrag von 116 816 283 M. auf. — Auf dem Bromberger Wochenmarkt am Sonnabend wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1600—1700 M., Eier 1700 M., Äpfel 40—150 M., Birnen 80—200 M., Pfäfen 80 bis 100 M., Tomaten 100—200 M., Mörräben 25—35 M., Blumenkohl 100—500 M., Wokken 60—80 M., Zwiebeln 70 bis 120 M., Gurken 200 M.

Gulm, 23. Oktober. Vor fast 20 Jahren wurde in Nieder- ausmaß bei der evangelischen Schule zur Einrichtung einer zweiten Schulstelle in Anbau ausgeführt. Die Stelle wurde bis dahin aber nicht besetzt. Nunmehr ist eine polnische Lehrkraft berufen, so daß die Schulstelle mit zwei Lehrkräften besetzt ist. Die evangelische Schule in Neusaß wurde in eine polnische umgewandelt.

Dirschau, 23. Oktober. Am Sonnabend früh verschied nach kurzer Krankheit der Oberförster A. D. und Nittergutsbesitzer Georg von Kries auf Klein-Baggniers, Kreis Dirschau. Mit ihm ist einer der bekanntesten deutschen Großgrundbesitzer des Ostens dahingegangen, ein Mann, den das Vertrauen seiner Mitbürger in zahlreiche Ehrenämter berief. So war er längere Zeit Vorsitzender des Kuratoriums des Johanner-Krankenhaus, Mitglied des Dirschauer Kreistages und Kreisausschusses, er gehörte auch dem Provinziallandtage für Westpreußen an. Der Dahingegangene überragte die väterlichen Güter, die er musterhaft bewirtschaftete, vor etwa zwanzig Jahren. Er erfreute sich hoher Wertschätzung auch über den Kreis seiner Berufsgenossen hinaus, und hat sich, was auch erwähnt sei, auch auf literarischem Gebiet mit Glanz betätigt. Einer unserer wenigen Heimatliterate, ein Mann mit warmem Herzen und starkem Lebenswillen, von uns gegangen.

Grabende, 23. Oktober. In der Nacht zum Montag vergangener Woche trangen unbekannte Diebe in das Pfaffstimmer des klassischen Gymnasiums und entwendeten ein Mikroskop, ein Barometer usw. Im Werte von acht Millionen Mark. Die Täter müssen den Tatort gut gekannt haben und gut vorbereitet gewesen sein. Kein einziges Schloß wurde aufgebrochen.

Konitz, 20. Oktober. Im Altersheim fand eine seltene Feier statt: Die Eheleute Chrzastowski feierten ihre goldene Hochzeit. Aus diesem Anlaß wurden zu Händen des Stadtrats Subert für die Jubilare von mehreren Spendern insgesamt 16 000 M. und verschiedene Nahrungsmittel übergeben.

Danzig, 22. Oktober. Am Donnerstag vormittag beging hier, wie die „Gaz. Odrodzenia“ berichtet, Pfarrer Sieger, einer der talentvollsten Prediger Danzigs, Selbstmord. Pfarrer Sieger leckte seinerzeit durch sein Talent die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf sich und erhielt von dieser einen Fonds für seine Studien. Als Ursache des Selbstmordes wird die Not angesehen, in welche der Pfarrer seit dem Anmachern der Feuerung geriet, und der Mangel an Mitteln zur Bekleidung seines Lebensunterhaltes.

Aus Odenburg.

Kleisthain, Kr. Deutsch-Krone, 23. Oktober. In der Nacht zu Freitag erschog der Besitzer Theodor Schulz vom hiesigen Abbau seinen Knecht Hermann Konstanti in der Notwehr. Schulz wurde bei seiner Heimkehr von der Jagd nach auf seinem Hofe von dem Knecht mit einer Axt angefallen. Schulz machte von seiner Waffe Gebrauch und streckte ihn nieder. Als Motiv zu dem Überfall wird die zum 1. Oktober ausgesprochene Entlassung aus dem Dienst des Besitzers angenommen. Konstanti ist früherer Färbereigehilfe und mehrfach vorbestraft.

Pr. Chlau, 20. Oktober. Eine Tragödie ereignete sich in der Kirchenstraße. Der dort im ersten Stock wohnhafte 64jährige

frühere Händler Machin tötete zunächst sein im Stalle befindliches Pferd. Sodann begab er sich nach seiner Wohnung und erschog mit einer Armepistole seine 35jährige Wirtin. Letztere, verm. Auguste Neumann, und dann sich selbst. Die Tür zur Wohnung war verschlossen und der Schlüssel anfeuert.

Aus dem Gerichtssaal.

Karlsruhe, 22. Oktober. Warum die Kuh nicht Milch geben wollte. Der Besitzer Gorkilowski aus V. mußte die unangenehme Wahrnehmung machen, daß seine sonst ganz gesunde Kuh plötzlich gar nicht oder wenig Milch geben wollte. Alle Maßnahmen nach der Ursache waren ohne Erfolg. Der Zustand dauerte etwa drei Wochen. Die Kuh wurde in einer einsamäutigen Koppel geweidet. Eines Tages legte sich G. nun auf die Lauer; nach mehrstündigem Warten bemerkte er, wie seine Nachbarin, die Besitzerin Franziska H. u. s. mit ihrem Sohn Josef am Vorchein kam lehrer sich auf Beobachtungsposten stellte und seine Mutter sich ungeniert daran machte, die Kuh auszumilken. Jetzt wurde dem Gorkilowski auch klar, warum die Kuh bei ihm nicht Milch geben wollte. Er brachte die Sache zur Anzeige, die Frau konnte im Hauptverhandlungstermin nicht leugnen. Das Gericht erklärte gegen sie wegen Diebstahls auf 14 Tage Gefängnis, gegen den minderjährigen Sohn wegen Beihilfe auf einen Verweis.

Greif, 23. Oktober. Wegen Millionenunter- schlagungen wurde der ehemalige Gemeindevorsteher von Vobstadt Max Bruno Hoffmann vom Schwurgericht zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Hoffmann hatte in seinem Amt als Gemeindevorsteher Unterschlagungen begangen, ferner Urkunden unterdrückt und gefälscht. Die Verurteilung anging bis in das Jahr 1917 zurück und erreichte eine Gesamthöhe von 1 115 000 Mark.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Anträge werden nur unter Vorbehalt der Genehmigung der Schriftleitung angenommen. Briefliche Anfragen werden nur ausnahmsweise und wenn sie in Briefumschlag mit Postmarke beiliegen.)

G. K. in Wida. 1. Die Schriftleitung der Deutschen Jäger-Zeitung befindet sich in Neudamm. Sie können diese Zeitung von dort aus oder durch die Vermittlung einer hiesigen Buchhandlung beziehen. 2. Wir kennen eine derartige Vereinigung nicht. Vielleicht wenden Sie sich einmal an Herrn Bankdirektor Dr. Southermann, ul. Nowa 10 (fr. Neudamm). 3. Wegen der Dressur eines Hundes müssen Sie sich an einen Förster wenden; eine Methode können wir Ihnen nicht empfehlen. 4. Eine Jagdkarte darf unseres Wissens überhaupt nicht aus- bzw. eingeführt werden.

Bandel, Gewerbe und Verkehr. Kurze der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	24. Oktober	25. Oktober
4proz. Bräm.-Staatsanl. (Mills)	160 + A	
Amiecki, Potocki i. Sta.	610-650 + N	
Bank Brzemiński	300-325 + N	
Bank Br. Spółt. Zarosł. I.-IX. Em.	700-650 + A	700-410-450 + A
Polst. Bank Handlowy, Poznań	580-550 +	550 + N
Pozn. Bankiemia I.-IV. Em.	500-200-230 + N	300-270-275 +
Arcona (exkl. Zulaufrecht)	700-500-620 + N	—
Bydgoska Fabryka Wpł.	200-180-200 +	—
R. Barczowski	210-350-340 + A	—
Brześć Auto I.-II. Em.	230-350 + A	230 + N
P. Cegielski I.-VII. Em.	120-1100 + N	1100-1300 + A
Centrala Polniskow I.-V. Em.	230-23-210 + A	230-200-210 + A
Centrala Stór (exkl. Kup.)	600-330 + A	375-420 + A
G. Hartwig	300-320-310 + A	325 + A
Hartwig Kantorowicz	1000-1080 + N	1085 + N
Homolan I.-II. Em.	350 + N	370 +
Hurtownia Drogerijna	120-125 +	130 + N
Hurtownia Wpł.	140-170-160 + A	150 + N
Hurtownia Stór I.-II. Em.	400-330 + N	—
Hurtownia Wpł.	1000-600-900 + A	775-800 + A
Wab. Abt. Wpł. Wpł. (exkl. Kup.)	—	5300 +
Dr. Roman Waj.	1600-1550-1700 + N	170 + N
Orient	160-170 + N	170 +
Polino	250-280 + N	300 + N
Papiernia Bydgoska	450-420 + A	35-380-75 + A
Patria	600-550 + N	580 + A
Pozn. Spółka Wpł. I.-V. Em.	650-600 +	600 + A
Praca Stabrowskiej Zapaki	620-70 + N	750-775 + N
Spółka Stolar.	1100 + N	1100 + N
Sarmatia I.-II. Em.	530 +	520-500 +
Sloma	320 + N	300 + N
Tanina	400-425 +	400 +
Tr.	230-220 + A	230 +
Unia (früher Wpł.) I. u. II. Em.	80 + A	775-800 + A
Wagoni Dirowo	390-330-370 +	330 + A
Wielka Bydgoska	1800 + N	1500 + N
Wymownia Chemiczna I.-III. Em.	310-330-325 + N	320 + A
Wielka Promarz Grodziska	1000-600-900 + A	900-975 +
Auszahlung Berlin 255-295, Umjaz: 7550 000 dtch. Mark		
Dollars 12 500.		
A — Angebot, N — Nachfrage, + — Umjaz.		

Berliner Börsenbericht

vom 25. Oktober.

Diskontokomm.-Anleihe 1150.—	Polnische Noten	84.75
Danziger Bräm.-Anleihen 550.—	Auszahlung Holland	175 000 —
Hartmann Wap.-Anleihen 1800.—	London	19 90 —
Poln.	Neupari	4 475 —
Schudert	Paris	31 800 —
Sapag	Schweiz	32 000 —
Pol. Pfandbriefe	Ungarische Goldrente	5 325 —
Auszahlung Warschau		

Die Mittagskurse der Danziger Börse wurden nicht gemeldet.

Die Zeitung darf niemandem fehlen!

Jeder bestell die Zeitung, die seinen Interessen am besten dient.

Den Deutschen in Polen dient am besten das

Posener Tageblatt

verbunden mit Posener Werte.

Bestellungen für den Monat November

nehmen alle Postanstalten, unsere Agenturen, sowie die Geschäftsstelle, ul. Zwierzyniecka 6 (frü. Tiergartenstraße) Poznan, entgegen.